

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1** **Eröffnung der Sitzung**

- 2** **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils
der Sitzung vom 18.01.2023**

- 3** **Vergabe von sozialen Dienstleistungen - Unterbringung und Betreuung
von Geflüchteten an 4 Standorten in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 23/SVV/0086
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration**

- 4** **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung**

- 4.1 Konzept Verkaufsoffene Sonntage
Vorlage: 22/SVV/1241
Fraktion DIE LINKE

- 4.2 Kommunale Öffentlichkeitsarbeit
Vorlage: 23/SVV/0043
Fraktion SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4.3 Bauabteilungen bei den Stadtwerkeunternehmen ermöglichen
Vorlage: 23/SVV/0052
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 5** **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

- 5.1 Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser
und Gärten
Vorlage: 22/SVV/0704
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

- 5.2 Parkeintritt und Hauptstadtvertrag
Vorlage: 23/SVV/0008
Fraktion DIE LINKE

- 5.3 Kostenfreien Eintritt in den Park Sanssouci und den BUGA-Volkspark sichern!
Vorlage: 22/SVV/1264
Fraktion DIE aNDERE

- 5.4 Geschäftsführer bei städtischen Unternehmen
Vorlage: 23/SVV/0009
Fraktion DIE LINKE

- 5.5 Tragfähige IT-Konzepte entwickeln und umsetzen
Vorlage: 23/SVV/0039
Fraktion Freie Demokraten
- 5.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“
Nummer 1: Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche
Vorlage: 22/SVV/1120
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
- 5.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“
Nummer 2: Effiziente Geschäftsprozesse in der Stadtverwaltung
Vorlage: 22/SVV/1121
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
- 5.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“
Nummer 5: Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung
(Parkeintritt)
Vorlage: 22/SVV/1124
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
- 5.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“
Nummer 6: Spürbare Verbesserungen im Bürgerservice der Stadtverwaltung
Vorlage: 22/SVV/1125
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
- 5.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“
Nummer 14: Dialog mit Schlösserstiftung: Nutzung des Babelsberger Parks
auch für Naherholung
Vorlage: 22/SVV/1133
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

6 Mitteilungen der Verwaltung

- 6.1 Jahresbericht Städtepartnerschaften 2022
Vorlage: 23/SVV/0112
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 6.2 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita
Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 - Abschluss
Vorlage: 22/SVV/1218
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 6.3 Ergebnisbericht Evaluation Betrauung der PMSG Potsdam Marketing und
Service GmbH
Vorlage: 23/SVV/0006
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2023

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er die Änderung der Reihenfolge vor, indem die TOP

- 5.1, Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, DS 22/SVV/0704,
- 5.2, Parkeinritt und Hauptstadtvertrag, DS 23/SVV/0008,
- 5.3, Kostenfreien Eintritt in den Park Sanssouci und den BUGA-Volkspark sichern!, DS 22/SVV/1264,
- 5.8, Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 5: Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung (Parkeinritt), DS 22/SVV/1124 und
- 5.10, Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 14: Dialog mit Schlösserstiftung: Nutzung des Babelsberger Parks auch für Naherholung, DS 22/SVV/1133

gemeinsam zu Beginn der Sitzung beraten werden. Herr Prof. Dr. Vogtherr ist der Einladung zur heutigen Sitzung gefolgt; gegen ein Rederecht für ihn erhebt sich kein Widerspruch.

Er schlägt im Weiteren vor, die Tagesordnung um einen Punkt „Berichterstattung - Bürgerservice nach IT-Krise“ (vor dem TOP 3) und unter „Sonstiges“ um eine Information bzgl. der Nachfrage der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam zur Preiserhöhung bei den Bäderbetrieben zu erweitern.

Den Tagesordnungspunkt **6.2**, Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 – Abschluss, bittet er **zurückzustellen** und nach der Beratung im Jugendhilfeausschuss (nach einer 3. Lesung) wieder aufzurufen.

Frau Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, informiert, dass der Sachstandsbericht und das Finanzierungskonzept zum

Sonderbauprogramm der Pro Potsdam für die Standorte Wieselkiez, Glückstraße und Patrizierweg, im öffentlichen Teil der Sitzung erfolgen könne, so dass die Thematik unter „Sonstiges“ aufgerufen werde.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, in dieser Sitzung zum Thema Parkeinritt keine Entscheidung zu treffen, weil aus dem Ausschuss für Finanzen noch kein Votum vorliegt. Der Oberbürgermeister betont, dass eine Entscheidung bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu treffen ist und der Ausschuss für Finanzen sowie der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 22.02.2023 abschließend beraten.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 68. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.01.2023 gibt es einen Hinweis von Herrn Walter zum Tagesordnungspunkt 3, Abberufung zweier Mitglieder des Naturschutzbeirates, DS 22/SVV/1260. Er bittet folgende Ergänzung aufzunehmen:

„Herr Rubelt versichert auf Grund der guten Bewerbungslage eine zeitnahe Nachbesetzung des Beirats.“

Die so ergänzte Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

Vorlage: 22/SVV/0704

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

Herr Prof. Dr. Vogtherr, Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, Berlin-Brandenburg (SPSG), verweist eingangs auf die massive Zunahme des Pflegeaufwands und, dass dieser für die Einhaltung des Welterbestatus aufrechterhalten werden soll. Ziel heute sei es, zu erfahren, ob die SPSG weiterhin mit der Unterstützung der Landeshauptstadt Potsdam rechnen könne.

In der im Anschluss kontrovers geführten Diskussion fragt Herr Teuteberg nach den Preisvorstellungen und wie der Parkeinritt technisch geplant werde. Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die Unterstützung von 5 Jahren, dies sollte keine dauerhafte Lösung sein und fragt, warum Potsdam als einzige Stadt im Verbund den Zuschuss zahlen solle, gerade auch im Hinblick auf die bevorstehende schwierige Haushaltsdiskussion. Er betont, seine Fraktion wolle keinen Parkeinritt. Frau Vandre fragt nach der Beteiligung anderer Kommunen, wie zum Beispiel Rheinsberg und wie die SPSG zur institutionalisierten Beteiligung der Potsdamer:innen stehe. Sie wirbt für die Position ihrer Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam: Klärung der Konditionen, wenn die Million gezahlt werden soll.

Herr Prof. Dr. Vogtherr würdigt die bisherige gute Zusammenarbeit der Stiftung mit der Landeshauptstadt. Zu den Preisen könne er heute keine Auskunft erteilen, da zurzeit noch verschiedene Modelle betrachtet werden. Die Notwendigkeit der Unterstützung beim Pflegeaufwand bestehe jedoch dauerhaft.

Im Weiteren führt er zum Finanzierungsabkommen sowie zu den kleineren Fokusgruppen aus.

Weitere Statements schließen sich von Herrn Finken, CDU, mit Verweis auf die Trägerschaft, von Frau Hüneke, Bündnis 90/Die Grünen, zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und, dass es besser wäre, wenn der Stiftungsrat in den Hauptausschuss zur Beratung kommt, von Herrn Tomczak, DIE aNDERE, der Ablehnung eines Automatismus (Blankoscheck als Dauerauftrag) und der Frage der Abgrenzung zwischen Pflege und Wiederherstellung, an. Die Fragen werden von Herrn Prof. Dr. Vogtherr beantwortet und auf die enge Zusammenarbeit mit der Denkmalschutz- und Naturschutzbehörde hingewiesen.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass er nachvollziehen könne, dass es aktuell schwierig sei, wenn von Seiten der Stiftung nicht formuliert ist, welche Art von Einschränkungen den Bürger:innen drohe, wenn der Parkeintritt komme. Es wäre äußerst sinnvoll, wenn der Parkeintritt vermieden werden könne. In der Reflektion der letzten Diskussionen schlägt er vor, über einen Beirat nachzudenken, der anders als Fokusgruppen eine höhere und nachvollziehbare Qualität aufweise. Die Abwägung von Alternativen falle derzeit schwer. Er regt für die Diskussion in den nächsten 14 Tagen an, gemeinsam darüber nachzudenken, ein Jahr Zeit zu schaffen und zu überlegen, wie die Übergangszeit finanziert werde. Die Frage sei, wie lange braucht die SPSG um ein Konzept aufzustellen und ob diese Alternative annehmbar ist. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn es der öffentlichen Hand nicht gelänge, einen Parkeintritt zu verhindern.

Herr Dr. Niekisch richtet Grüße an den Stiftungsrat aus und bittet darum, den Stiftungsratsvorsitzenden in die nächste Sitzung des Hauptausschusses einzuladen. Herr Dr. Scharfenberg spricht von einem Systembruch, wenn Potsdam dieses Geld zu zahlen hat und verweist auf den verantwortungsvollen Umgang mit städtischen Geldern. Herr Heuer betont, dass die SPSG die Ermächtigung bekommen hat, einen Parkeintritt zu erheben und die Hauptausschussmitglieder darüber zu befinden haben, ob für weitere 5 Jahre der finanzielle Beitrag geleistet werde. Frau Hüneke erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass sie die Offenheit der Parks für die Bürger:innen erhalten wollen sowie einen Parkeintritt ausschließen und betont, dass sie das nicht vorgerechnet bekommen brauchen. Herr Richter verweist namens seiner Fraktion DIE aNDERE, darauf, dass sie den Stiftungsgeber in der Pflicht sehen und nicht die Landeshauptstadt Potsdam.

Die eine Million Euro sei wichtig für den Pflegezustand; aber davon hängen auch 16 Stellen ab, so Herr Prof. Dr. Vogtherr. Er richtet die Grüße an den Stiftungsrat aus; eine frühzeitige Einladung sei von Nöten. Er verweist auf die seit langem geführte Diskussion, die Positionen „liegen auf dem Tisch“. Er kündigt für die zweite Jahreshälfte belastbare Zahlen an. Die SPSG brauche die Zeit und formale Bestätigung von Stiftungsrat Ende des Jahres.

Nach einer erneuten Diskussion verweist Frau Dr. Zalfen auf die August-Vorlage. Diese beinhalte das Verhandlungsmandat des Oberbürgermeisters. Sie betont die Wichtigkeit, sich darauf zu berufen und nicht jedes Detail selbst zu drehen.

Der Oberbürgermeister fasst zusammen, dass der § 34 BbgKVerf eine eindeutige Regelung enthält. Die Stiftungssatzung lässt leider den Stiftern die Entscheidung offen, ob sie aus Landes-/Bundesmitteln oder über einen Parkeintritt die Behebung des Pflegedefizits finanzieren. Eine Debatte im Hauptausschuss könne sein, den Parkeintritt zu vermeiden und eine Möglichkeit wäre, einen finanziellen

Beitrag zu leisten. Nach Aussage von Herrn Prof. Dr. Vogtherr werde noch Zeit für die Erarbeitung des Konzeptes benötigt. Im Weiteren verweist er auf die Möglichkeiten, wenn er das Verhandlungsmandat gemäß Beschlussvorschlag erhält. Herr Prof. Dr. Vogtherr bedankt sich und lädt die Hauptausschussmitglieder ein, vor Ort zu kommen. Daran schließt sich der Dank des Oberbürgermeisters an und das Fazit, heute keine Entscheidung in der Sache zu treffen. Aber den Tagesordnungspunkt 5.2, Parkeinritt und Hauptstadtvertrag, DS 23/SVV/0008, sehe er als entscheidungsreif an. Herr Dr. Scharfenberg erklärt, seine Fraktion sehe den Antrag als Teil der Verhandlungen an und deswegen ist er ebenfalls bis zur Beratung in der Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2023 zurückzustellen.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, alle Tagesordnungspunkte zu diesem Thema bis zur Beratung in der Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2023 **zurückzustellen**; dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Er kündigt an, einen Vorschlag als Diskussionsgrundlage in schriftlicher Form an die Fraktionen auszureichen.

zu 5.2 Parkeinritt und Hauptstadtvertrag

Vorlage: 23/SVV/0008

Fraktion DIE LINKE

Zurückgestellt – bis zur Beratung in der Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2023.

zu 5.3 Kostenfreien Eintritt in den Park Sanssouci und den BUGA-Volkspark sichern!

Vorlage: 22/SVV/1264

Fraktion DIE aNDERE

Zurückgestellt – bis zur Beratung in der Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2023.

zu 5.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 5: Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung (Parkeinritt)

Vorlage: 22/SVV/1124

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Zurückgestellt – bis zur Beratung in der Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2023.

zu 5.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 14: Dialog mit Schlösserstiftung: Nutzung des Babelsberger Parks auch für Naherholung

Vorlage: 22/SVV/1133

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Zurückgestellt – bis zur Beratung in der Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2023.

neu **Bürgerservice nach IT-Krise**

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, informiert anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigelegt) zum Wiederanlaufen von Bürgerdienstleistungen in ihrem Geschäftsbereich. Seit dem 08.02.2023 wurde die externe und interne E-Mail-Kommunikation wieder in Betrieb genommen, ab 09.02.2023 sind KFZ-Zulassungen möglich (aufgrund des Wiederanschlusses an das Landesverwaltungsnetz sind für Potsdamer/innen Zulassungsdienste in Potsdam-Mittelmark/Werder wieder nutzbar) sowie weitere Bürgerdienstleistungen abrufbar. Die voraussichtliche Wiederinbetriebnahme ab dem 13.02.2023 erfolgt für die:

- Schnittstelle zum Kraftfahrbundesamt; Zulassungsstelle wieder arbeitsfähig
- Schnittstelle zur Bundesdruckerei; damit wieder möglich: Wohnsitzmeldungen, Ausweis/Passbeantragungen und -ausstellungen
- Bereitstellung von zusätzlichem Personal zur Abarbeitung der vorliegenden Anträge

Nachfragen werden nicht gestellt.

zu 5.5 **Tragfähige IT-Konzepte entwickeln und umsetzen** **Vorlage: 23/SVV/0039**

Fraktion Freie Demokraten

Herr Teuteberg bittet darum, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen, da er kurzfristig einen anderen Termin wahrnehmen muss. Der Oberbürgermeister schlägt fairnesshalber diese Änderung der Reihenfolge vor; dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, tragfähige Konzepte entwickeln zu lassen, die es ermöglichen, dass die Landeshauptstadt Potsdam auch bei IT-Attacken ohne erhebliche Einschränkungen arbeitsfähig bleibt.

Es bedarf u.a. Konzepte, die es ermöglichen, dass im Falle eines evtl. notwendigen Offline-Setzens der städtischen IT wichtige Informationen für die Bürger und für die Arbeit der Stadtverordneten, die z.B. im Ratsinformationssystem (RIS) angeboten werden, weiterhin verfügbar bleiben.

Der Stand der (weiter)entwickelten Konzepte und Maßnahmen inkl. der finanziellen Auswirkungen soll der Stadtverordnetenversammlung schnellstmöglich, spätestens aber bis zur SVV-Sitzung im September 2023, vorgelegt werden.

Herr Teuteberg bringt den Antrag namens der Fraktion der Freien Demokraten ein und beantragt die Terminänderung auf „Dezember 2023“. Herr Jetschmanegg, Dezernent Zentrale Verwaltung, informiert darüber, dass der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt, den Antrag zurückzustellen, gegen die Terminänderung sie jedoch nichts einzuwenden haben.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass mangels Votum des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung der Antrag **zurückgestellt** wird.

zu 3 Vergabe von sozialen Dienstleistungen - Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten an 4 Standorten in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 23/SVV/0086

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, bringt die Vorlage ein. Es gibt keinen Diskussionsbedarf, so dass die Vorlage zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss beschließt:

- 1.) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein europaweites, offenes Verfahren mit dem Ziel der Vergabe eines Auftrages zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten an den Standorten Zeppelinstr. 55, Stormstr. 21/23/25 und An der Pirschheide 13 in 14471 Potsdam im Zeitraum 01.04.2023 (GU An der Pirschheide: 01.05.2023) bis längstens 31.03.2027 durchzuführen, auf das im Vergabeverfahren ermittelte wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag zu erteilen und einen entsprechenden Betreibervertrag abzuschließen.
- 2.) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein europaweites, offenes Verfahren mit dem Ziel der Vergabe eines Auftrages zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten am Standort Binsenhof 2-8 in 14478 Potsdam im Zeitraum 01.04.2023 bis längstens 31.03.2027 durchzuführen, auf das im Vergabeverfahren ermittelte wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag zu erteilen und einen entsprechenden Betreibervertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	2

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung

zu 4.1 Konzept Verkaufsoffene Sonntage

Vorlage: 22/SVV/1241

Fraktion DIE LINKE

Der Antrag wird namens der Fraktion DIE LINKE von Herrn Dr. Scharfenberg eingebracht. Er bittet insbesondere um eine grundsätzliche Betrachtung des dauerhaften Ausschlusses des Potsdamer Südens von den verkaufsoffenen Sonntagen.

Frau Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, betont, dass es für verkaufsoffene Sonntage, gemäß § 5 Absatz 1 Brandenburgisches Ladenöffnungsgesetz, besonderer Anlässe bedarf. Gebe es

diese nicht, stelle das ein Problem dar. Hinzu komme Artikel 4 des Grundgesetzes, der den besonderen Schutz und die Ausübung der Religionsfreiheit sichere. Die rechtlichen Vorgaben müssen erfüllt sein, da helfe auch kein Konzept. Der Oberbürgermeister betont, dass Brauchtumpflege Aufgabe der Stadtgesellschaft sei.

Nach weiteren Redebeiträgen beantragt Frau Hüneke den Schluss der Debatte. Da keine Redner mehr auf der Liste stehen, erfolgt die Abstimmung des Antrages:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein stadtweites Konzept für die Durchführung Verkaufsoffener Sonntage im Jahr 2023 zu erarbeiten.

In diesem Konzept soll aufgezeigt werden, wie der Potsdamer Süden in die Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen einbezogen werden kann und nicht dauerhaft von diesem Angebot ausgeschlossen wird.

Das Konzept ist im April 2023 im Hauptausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mit 8 Nein-Stimmen **abgelehnt**,

bei 6 Ja-Stimmen

und 2 Stimmenhaltungen.

zu 4.2 Kommunale Öffentlichkeitsarbeit

Vorlage: 23/SVV/0043

Fraktion SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dr. Wegewitz bringt den Antrag namens der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein und beantragt die Ergänzung nach „...sowie im **Zusammenhang mit dem Amtsblatt...**“

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf, so dass der Antrag mit der o.g. Ergänzung zur Abstimmung gestellt wird:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die kommunale Öffentlichkeitsarbeit der LHP vor dem Hintergrund des Urteils des BGH vom 14.07.2022 auf "potsdam.de" sowie im Amtsblatt der Stadt Potsdam in Anlehnung an das Konzept des Rathausfensters ausgeweitet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,

bei 4 Ja-Stimmen

und einigen Stimmenhaltungen.

zu 4.3 **Bauabteilungen bei den Stadtwerkeunternehmen ermöglichen**

Vorlage: 23/SVV/0052

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird damit beauftragt,

- in seiner Eigenschaft als Gesellschaftervertreter Änderungen in den Gesellschaftsverträgen bei den Stadtwerken Potsdam und ihrer Tochtergesellschaften dahingehend zu ermöglichen, dass ihre Bauabteilungen zukünftig soweit rechtlich möglich bei Nichtauslastung auch externe Aufträge im Stadtwerkeverbund annehmen können, eine Pflicht, solche Abteilungen zu unterhalten bzw. einzurichten, soll für diese Unternehmen damit nicht verbunden sein.
- zu prüfen, ob auch eine Einbeziehung der Stadt und seiner Eigenbetriebe in die Ermöglichung der Beauftragung der Bauabteilungen der Stadtwerke und seiner Tochtergesellschaften rechtlich möglich ist, und dies bei Möglichkeit in seiner Eigenschaft als Gesellschaftervertreter ebenfalls durch Änderungen in den Gesellschaftsverträgen zu ermöglichen.

Herr Dr. Zöllner bringt den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

Der Ansatz klinge charmant, so der Oberbürgermeister, umso schwieriger sei jedoch die Umsetzung. Er verweist im Weiteren auf den rechtlichen Rahmen, wie bereits in der Stellungnahme der Verwaltung dargelegt.

Nach einer kontroversen Diskussion beantragt Herr Dr. Zöllner den **Antrag zurückzustellen**, um die Argumente abwägen zu können.

Nach einer Rede dagegen und einer Rede dafür wird der Antrag auf Vertagung zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung:

Die Vertagung der DS 23/SVV/0052 wird

mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 5.4 **Geschäftsführer bei städtischen Unternehmen**

Vorlage: 23/SVV/0009

Fraktion DIE LINKE

Der Antrag wird namens der Fraktion DIE LINKE von Herrn Dr. Scharfenberg eingebracht. Der Oberbürgermeister verweist insbesondere auf das 4-Augen-Prinzip unter Geschäftsführer:innen, wie von der Transparenzkommission empfohlen und bittet darum, bei dieser Festlegung zu bleiben. Nach einer kurzen Diskussion wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ausgehend vom Bericht der Transparenzkommission von 2012 zu prüfen, ob die Empfehlung zur Besetzung der städtischen Unternehmen mit zwei Geschäftsführern vor dem Hintergrund der Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre und der zwischenzeitlich entstandenen konkreten Situation in den Unternehmen noch gerechtfertigt ist.

Dazu soll auch über den VKU der Vergleich mit anderen Kommunen angestellt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist bis Mai 2023 über das Ergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

mit 12 Nein-Stimmen abgelehnt,

bei einer Ja-Stimme

und einer Stimmenhaltung.

zu 5.6 **Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 1: Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche**

Vorlage: 22/SVV/1120

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Auf eine Einbringung des Antrags wird verzichtet.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Aus dem Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam fließt kein Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei 3 Nein-Stimmen.

zu 5.7 **Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 2: Effiziente Geschäftsprozesse in der Stadtverwaltung**

Vorlage: 22/SVV/1121

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Auf eine Einbringung des Antrags wird verzichtet.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam führt eine Überprüfung der Effizienz ihrer Arbeits- und Geschäftsprozesse durch (Aufgabenkritik). Dabei erfolgt eine kritische Überprüfung der öffentlichen Verwaltung und der von ihr wahrgenommenen Aufgaben. So soll geklärt werden, was notwendig, wirtschaftlich effizient und effektiv ist.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 6: Spürbare Verbesserungen im Bürgerservice der Stadtverwaltung

Vorlage: 22/SVV/1125

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Auf eine Einbringung des Antrags wird verzichtet.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Potsdam leitet kurz und mittelfristig Maßnahmen ein, um den Bürgerservice nachhaltig zu verbessern. Ziel ist es, dringende Ausweisangelegenheiten, wie Personalausweise, Pässe, Fahrerlaubnisse und KFZ-Dokumente in maximal vier Wochen erledigen zu können. Neben online oder telefonischer Terminvergabe werden auch realistische Spontantermine vor Ort ermöglicht. Daneben werden zeitnah zusätzliche digitale Angebote bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Jahresbericht Städtepartnerschaften 2022

Vorlage: 23/SVV/0112

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Die Mitteilungsvorlage wird von Frau Sommer, Büro des Oberbürgermeisters, anhand einer Präsentation erläutert (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt).

Herr Heuer bittet um die Aufnahme in die Niederschrift der folgenden **Termine**, die er als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung mit dem Oberbürgermeister wahrnehmen wird:

1. Besiegelung der Städtepartnerschaft zwischen Potsdam und Ivano-Frankivsk
2. 50 Jahre Potsdam-Opole.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 - Abschluss

Vorlage: 22/SVV/1218

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Zurückgestellt – wird nach der Beratung im Jugendhilfeausschuss (3. Lesung) wieder aufgerufen.

zu 6.3 Ergebnisbericht Evaluation Betreuung der PMSG Potsdam Marketing und Service GmbH

Vorlage: 23/SVV/0006

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Frau Dr. Sommer, Fachbereich Kommunikation und Partizipation, erläutert die Mitteilungsvorlage, die anschließend zur Kenntnis genommen wird.

zu 7 Sonstiges

neu Information zur Preiserhöhung bei den Bäderbetrieben

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister die Geschäftsführerin der Bäderbetriebe, Frau Sello, die anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) zur Preiserhöhung bei den Bäderbetrieben ausführt. Insbesondere geht sie auf die Verluste und deren Deckung ein und führt zu der Entwicklung der Mehrkosten – Mehrerlöse aufgrund der Energiekrise 2023 aus. Um die Mehrkosten decken zu können seien mehr Besucher und Angebote und auch höhere Preise nötig. Anschließend stellt sie den Vergleich der Eintrittspreise für Kinder, Erwachsene und Rentner vor, betont, dass die Preise seit 13 Jahren nicht erhöht wurden und beantwortet die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder. Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass nach Jahren mit stabilen Preisen die jetzige Erhöhung moderat ausfalle und verweist auf die Gratwanderung des Unternehmens.

neu Sachstandsbericht und das Finanzierungskonzept zum Sonderbauprogramm der Pro Potsdam für die Standorte Wieselkiez, Gluckstraße und Patrizierweg

Der Geschäftsführer Herr Nicke stellt anhand einer Präsentation die drei Standorte zum Sonderbauprogramm vor und führt zum Konzept sowie zur Investitionssumme aus. Im Weiteren legt Herr Jekel, Bereichsleiter Wohnen, das Finanzierungsdreieck dar.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann die Einladungen zur Informationsveranstaltung am 24.02.2023 versendet werden, antwortet Herr Jekel, dass dieses morgen erfolgen werde. Die nachfolgenden Fragen der Hauptausschussmitglieder beantwortet der Oberbürgermeister u.a. damit, dass der Start des Sonderbauprogramms holprig verlief, aber alle diesbezüglichen Möglichkeiten auf den zur Verfügung stehenden freien Flächen genutzt werden sollen. Mit dem Sonderbauprogramm werde ein ambitionierter Weg gegangen, in einer Zeit wo Unternehmen eher weniger investieren. Auf die „Tempotube“ werde gedrückt, um weitere Preissteigerungen zu vermeiden.

Grundsätzliche Einwände gegen die beabsichtigte Vorgehensweise werden im Rahmen der Diskussion nicht vorgetragen.